

Zuwanderung ist Realität – Integration alternativlos

Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik



Vorwort

DIE LINKE Duisburg und ihre Ratsfraktion sehen in der Migrations- und Integrationsarbeit einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Die vorliegenden neuen und erweiterten Leitlinien sollen uns in der kommunalen Migrations- und Integrationsarbeit der kommenden Jahre orientieren. Unsere programmatische Basis sind die Grundsatzpositionen der LINKEN vom Gründungsparteitag, die programmatische Erklärung vom Gründungsparteitag NRW und das Integrationskonzept unserer Bundestagsfraktion. In unsere Positionsbildung fließen die Erfahrungen der in der örtlichen LINKEN aufgegangenen PDS-Offenen Liste und ihrer Ratsfraktion ein sowie die Ideen vieler Aktiver, die sich in der LINKEN zusammengefunden haben. Eingeflossen sind auch Ergebnisse der Duisburger Integrationskonferenzen und des damit verbundenen Diskussionsprozesses. Das vorliegende Positionspapier wurde über einen Zeitraum von über einem Jahr im **Arbeitskreis Migration und Integration** unserer Ratsfraktion vorbereitet, durchdiskutiert und ausformuliert. Dafür gilt allen Beteiligten unser Dank.

Dank sagen wir auch etlichen Fachleuten außerhalb unserer Partei, die sich bereitfanden, den Entwurf kritisch zu sichten. Sie haben ebenfalls zahlreiche Informationen und wertvolle Hinweise gegeben, die in die vorliegende Fassung aufgenommen wurden. Das Positionspapier wurde am 23.01.2008 von der Gesamtfraktion der LINKEN Duisburg verabschiedet. Der Kreisverband unserer Partei hat das Papier am 12. März 2008 gebilligt. Etliche weitere Änderungsvorschläge und Ergänzungen wurden eingearbeitet. Wir gehen im Übrigen davon aus, dass das Positionspapier eine "Dauerbaustelle" sein wird. Weitere Diskussionen um einzelne Aspekte, neue Erfahrungen und Problemstellungen werden dafür sorgen, dass es "lebt" – wenn es im politischen Alltag umgesetzt und gelebt wird.

Wir würden uns freuen, wenn die vorliegenden Leitlinien die Diskussion um die Lage und Zukunft der Migrantenbevölkerung in unserer Stadt, das Verhältnis zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zugewanderten fördern und positive Impulse geben würden. Über den Charakter von Politik und Gesellschaft entscheidet nicht zuletzt ihr Umgang mit Zuwanderern.

Duisburg, den 17. März 2008

Für die Gesamtfraktion DIE LINKE gez. Dierkes gez. Diesterhöft gez. Kocalar gez. Lenzen

I. Einleitung

Zuwanderung, Menschenrechte, Solidarität

Wanderungsbewegungen sind – aus den verschiedensten Ursachen – ein Grundzug der menschlichen Geschichte. Sie waren und sind häufig mit Krieg, Gewalt, Not, Deportation und Verfolgung verbunden. Mit der Kolonisierung der Länder des Südens ab dem 16. Jahrhundert, der kapitalistischen Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, den Weltkriegen und schließlich der neoliberalen Globalisierung unserer Tage haben Wanderungen und Verschiebungen großer Bevölkerungsgruppen jeweils stark zugenommen.

Die Industrie- und Hafenstadt Duisburg ist schon seit vielen Generationen ein Ort, wo Zehntausende aus Europa und anderen Erdteilen Arbeit, Heimat und Zuflucht gefunden haben. Denken wir nur an die polnischstämmigen Bergleute, die im 19. Jahrhundert angeworben wurden und deren Familiennamen heute noch im ganzen Ruhrgebiet verbreitet sind. Anfang der sechziger Jahre warb die deutsche Wirtschaft erneut massiv Arbeitskräfte an, weil der Arbeitsmarkt infolge der hohen Kriegsverluste und der einsetzenden Hochkonjunktur erschöpft war. Aus der Arbeitsmigration entwickelte sich zum wiederholten Mal und stärker als zuvor eine faktische Einwanderung. Hinzu kamen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem türkischen Staat und vielen weiteren Ländern der Welt. Auch die politische Anwerbung von Aussiedlern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hat die zugewanderte Bevölkerung verstärkt. Aktuell hat ein Drittel unserer Einwohnerschaft einen Migrationshintergrund. Die größte Gruppe unter ihnen hat türkische oder kurdische Wurzeln.

Ohne Zweifel ist die soziale Not in Deutschland und auch in unserer Stadt durch lang anhaltende Massenerwerbslosigkeit und Sozialabbau generell gestiegen. Tatsache ist aber auch, dass die große Mehrheit der Zugewanderten – trotz inzwischen erfolgter sozialer Aufschichtung – im Vergleich zur deutschen Ursprungsbevölkerung vielfach stärker benachteiligt, ausgegrenzt und diskriminiert ist, und zwar rechtlich und/oder faktisch. Darüber gibt der erste Duisburger Sozialbericht 2007 bittere Auskunft. Auf dem Arbeitsmarkt, bei den Bürgerrechten, bei den Bildungschancen und -abschlüssen, im kulturellen Leben, im Wohngebiet und bei der Einkommensverteilung gehören die meisten Migrantlnnen zu den Schlusslichtern der Stadtgesellschaft. Fremdenfeindliche Vorurteile, nationalchauvinistische Überheblichkeit, Abschottungsmentalität und Rassismus spielen dabei oftmals eine üble Rolle.

Auf der kommunalen Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Migration und Integration verbunden sind. Wenn – wie in Duisburg – ein Drittel der Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund hat und bei der jungen Bevölkerung sogar noch mehr, dann ist der gesamte Querschnitt kommunaler Politik gefordert. Ohne eine klare, offensive Orientierung und interkulturelle Öffnung können hier keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Die bisherigen Ratsmehrheiten haben genau dabei versagt. Auch die aktuelle Integrationspolitik unter Schwarz-Grün ist – trotz mancher Verbesserung im Detail – alles andere als der große Wurf. Die Finanzmisere ist zwar ein ernsthaftes Argument, sie kann aber die Unfähigkeit und den Unwillen zu einem offensiven Gesamtkonzept und zu einer Umverteilung der vorhandenen Ressourcen nicht weg erklären.

DIE LINKE setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung ein. Wir ermutigen die Migrantenbevölkerung, sich stärker in die Politik in Duisburg einzumischen, sich die vollen Bürgerrechte zu erkämpfen. Die Menschenrechte gelten für alle. Gerade Lohnabhängige haben objektiv kein Interesse daran, dass Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert und ausgegrenzt, als Lohndrücker und politische Manövriermasse missbraucht werden, weil diese Spaltung allen schadet. Demokratie ohne Minderheitenschutz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ist keine. Die deutsche Geschichte mit ihrem Rassenhaß als Doktrin des NS-Staats, der im Völkermord endete, ist darüber hinaus eine besondere Verpflichtung. Sie darf sich nicht wiederholen.

Wir wollen keine Aufteilung der Menschen in "echte" und zugewanderte Deutsche, in EU-Bürger mit mehr Rechten als Einwohner aus anderen Ländern, die schon Jahrzehnte hier leben und arbeiten. Wir wollen keine "Leitkultur". Diese ist lediglich ein Kampfbegriff, mit dem andere Kulturen herabgesetzt und Assimilierungsdruck ausgeübt werden soll. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Leitprinzipien sind. Wir wollen eine Politik der helfenden Hand für Flüchtlinge anstelle von Ausgrenzung und Abschiebung. Alle Erfahrung lehrt: Diskriminierung und Ausgrenzung anstelle von Solidarität und Integration schlagen früher oder später voll auf die Mehrheitsgesellschaft zurück, vor allem auf die Lohnabhängigen. Globalisierung ist eine Lüge, wenn sie vor allem Waren- und Kapitalexport meint, aber die Menschen nach "nützlich" und "unnütz" sortiert, gleiche Rechte und Lebenschancen verweigert. Der gemeinsame Kampf um Gleichstellung hier ist mit dem Kampf um die Globalisierung der Menschenwürde untrennbar verbunden.

Wir wissen, dass die politische Rahmensetzung durch die EU, durch Bund und Land für jede Integrationspolitik ausschlaggebend ist, positiv wie negativ. Wir wissen, dass die kapitalistische Wirtschaft mit ihren profitorientierten Entscheidungen, ihrer Lohndrückerei, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit ein gewaltiges Hindernis auf dem Weg zur Integration darstellt und überwunden werden muss. Dennoch gibt es keine Alternative zum Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung der zugewanderten Bevölkerung hier und jetzt. Dieser Kampf ist Teil unseres umfassenden Kampfes für eine bessere Welt.

DIE LINKE und ihre Ratsfraktion betrachten die kulturelle und ethnische Vielfalt auch in ihren eigenen Organisationsstrukturen als Bereicherung. Wir werden unsere Politik und unsere organisatorische Arbeit immer wieder darauf zu überprüfen haben, ob sie diesem Anspruch gerecht wird: ob sie integriert und zusammenführt, um gemeinsam für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Unterscheidung zwischen Inländern und "Ausländern" nur noch in den Geschichtsbüchern nachzulesen sein wird.

II. Handlungsfelder

1. Recht auf Erziehung und Bildung

In Duisburg stellt die junge Generation der Migrationsbevölkerung die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe. Ihre strukturelle Benachteiligung muss dringend überwunden werden. Sie ist ein ganz wichtiger Zukunftsfaktor unserer Stadtbevölkerung. Gerade in der Bildungslandschaft und -politik wird deutlich, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund meilenweit von Chancengleichheit und tatsächlicher Gleichstellung entfernt sind. Eine integrationspolitische Orientierung von Kindheit an, gemeinsames Lernen und die Begegnung mit Kindern bzw. Jugendlichen der sog. Mehrheitsgesellschaft, eine gute Bildung und Ausbildung sind jedoch unbestritten eine zentrale Voraussetzung für den gesamten weiteren Werdegang junger Menschen mit Migrationshintergrund. Angesichts der veränderten Zusammensetzung der Gesellschaft ist dies eine dauerhafte Herausforderung. Unsere Gesellschaft hat alle erforderlichen Ressourcen dafür. Sie müssen allerdings umfassend mobilisiert und eingesetzt werden.

1.1 Frühkindliche Förderung

Im Jahr 2005 gab es in Duisburg insgesamt 15.533 Plätze in städtischen (7.055) und anderen (8.478) Tageseinrichtungen für Kinder, die zu 94 % für Kinder im Alter von 3–6 Jahren ausgelegt waren. Das Angebot an KiTa-Plätzen für unter 3-Jährige steht dabei in einem besonders krassen Missverhältnis zum potenziellen Bedarf: Für 12.625 Kinder stehen lediglich 217 Plätze zur Verfügung. Nach den landespolitischen Zielsetzungen soll bis 2010 ein Versorgungsgrad von 20 % erreicht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich als öffentliche Aufgabe wahrgenommen und frei von konfessioneller Gebundenheit sind. Dafür sind perspektivisch die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Die umfangreichen – finanziell begründeten – Schließungen von konfessionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zeigen nämlich, wie wichtig ein verlässliches Angebot ist. Hinzu kommt eine Auswahl der aufgenommenen Kinder nach ideologischen Erwägungen durch die konfessionellen Einrichtungen. Während durchschnittlich 60 % der Kinder, die städtische Tageseinrichtungen aufsuchten, einen Migrationshintergrund hatten, trifft dies bei den konfessionellen oder anderen Trägern lediglich auf jedes dritte Kind zu, obwohl diese für ihre Arbeit mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Dies kann nicht hingenommen werden.

Der überwiegende Teil der Kinder spricht im Elternhaus eine andere Sprache neben oder anstelle von Deutsch. Schuleingangsuntersuchungen ergaben, dass 12 % der Kinder überhaupt nicht oder nur wenig Deutsch sprechen. Im heutigen politischen Diskurs wird der staatliche Bildungsauftrag immer mehr auf die Schultern der Familien übertragen. Meistens werden die Eltern in ihrer Erziehungsfunktion allein gelassen und bedürfen professioneller Unterstützung und Beratung.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist für den weiteren Lebensweg der Migrantenkinder unverzichtbar. Sie ist die Verkehrssprache in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Herkunftssprache ist allerdings das Fundament, auf dem sich der Zweitsprachenerwerb aufbauen lässt; ist diese nicht ausreichend vorhanden, kann auch die zweite Sprache nicht richtig erlernt werden. Da das Sprachvermögen in vielen Migrantenfamilien auch in der eigenen Muttersprache den differenzierten Ansprüchen der Einwanderungsgesellschaft nicht genügt, haben es die Kinder schwer, ausreichende bzw. gute Sprachkompetenz zu erwerben. Folge davon ist eine geringere Erfolgsquote der Migrantenkinder in Schule und Berufsleben. Wir setzen uns deshalb nachdrücklich dafür ein,

dass die Mehrsprachigkeit in Kinderbetreuungseinrichtungen weiter ausgebaut wird, und zwar – im Blick auf die vorhandene Vielfalt von Ethnien und Sprachen – soweit organisatorisch sinnvoll und machbar.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Realistische Erhebung des Bedarfs und entsprechender Ausbau des Angebots an KiTa-Plätzen
- Kleine Gruppen
- Weitreichender Ausbau von Mehrsprachigkeit in Kinderbetreuungseinrichtungen
- Sprachförderangebote für Kinder in Kombination mit Unterstützungsangeboten für Eltern, eingebettet in KiTa- und KiGa-Strukturen
- Ausreichendes Stammpersonal
- Verstärkte Ausbildung und Anstellung von Erziehungs- und Lehrpersonal mit Migrationshintergrund
- Förderung der interkulturellen Erziehung
- Verstärkte Werbung für den Kindergartenbesuch von Migrantenkindern
- Stärkere Einflussnahme auf die Aufnahmebereitschaft für nichtdeutsche Kinder bei den konfessionellen Trägern. Koppelung öffentlicher Zuschüsse an entsprechende Auflagen
- Gebührenfreiheit für alle Einrichtungen

1.2 Schulische Bildung

Schule und vorschulische Erziehung spielen eine zentrale Rolle für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Besonders bei jungen Zugewanderten ist die Quote der Förderschüler, Hauptschüler und Schulabgänger ohne Abschluss erschreckend hoch. 2005/06 war der Anteil der migrantischen SchülerInnen in der Förder- und Hauptschule fast doppelt so hoch, wie der Anteil der deutschen. Nur jedes achte Migrantenkind besucht ein Gymnasium, bei den Deutschen jedes dritte Kind. Wissenschaftliche Untersuchungen haben zum einen klar den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung festgestellt; zum andern ist längst erwiesen, dass auch das dreigliederige Schulsystem selbst und seine mangelnde Ressourcenausstattung zu Selektion und Diskriminierung führen. Die Migrantenkinder und –jugendlichen haben besonders darunter zu leiden.

Wir setzen uns deshalb für eine umfassende Reform des Schulwesens ein nach dem Prinzip: Gemeinsam länger lernen. Wir wollen das dreigliederige Schulsys-



Anteil an Migrantenjugendlichen an der Duisburger Bevölkerung wächst. Foto: SchülerInnen am Clauberg-Gymnasium in Hamborn

tem abschaffen. Wir wollen, dass auch behinderte Kinder – soweit es die Art der Behinderung zulässt – in die Regelschule gehen und nicht auf Förderschulen abgeschoben werden.

Schulen müssen außerdem generell zu sozialen Zentren werden, Bibliotheken, Theater und Freizeiteinrichtungen usw. umfassen, statt Lernfabriken sein. Die vorhandenen Ansätze sind zielstrebig auszubauen. Dazu gehören eine ausreichende sozialarbeiterische und sozialpsychologische Betreuung sowie die Ausstattung der Schulen mit mehr pädagogischem Personal, Materialien und Räumlichkeiten. Die Schulen müssen ein interkulturelles Profil entwickeln und sich für den Stadtteil öffnen.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Umfassende Einbeziehung der Eltern durch mehrsprachige und interkulturell erfahrene Kontaktpersonen oder sog. Integrationslotsen
- Verbesserung des Schulklimas durch Gewaltprävention (durch stark erhöhten Einsatz von SchulpsychologInnen und SozialarbeiterInnen, interkulturellen Mediatoren sowie aktiven und durch öffentliche Mindestqualifizierung geeigneten Migranteneltern)
- Kleine Klassen, damit die individuelle Förderung überhaupt stattfinden kann
- Keine Abschiebung auf Förderschulen durch methodisch fragwürdige Tests (u. a. müssen Tests in der Herkunftssprache anstatt in Deutsch durchgeführt werden)
- Vermeidung frühzeitiger Selektion durch längeres gemeinsames Lernen
- Unterstützung von Initiativen und Modellprojekten auf kommunaler Ebene

2. Berufliche Bildung und Erwerbsarbeit

2.1 Berufliche Bildung

Das duale Ausbildungssystem steckt generell in der Krise, weil sich zahlreiche Betriebe und Unternehmen aus Profitgesichtspunkten weigern, überhaupt oder angemessen auszubilden. Alle Versprechungen von Wirtschaft und Regierungen, alle "Ausbildungspakte" und finanziellen Zuschüsse haben die Misere nicht überwinden können. DIE LINKE setzt sich deshalb perspektivisch für eine umfassende Reform der beruflichen Bildung ein. Sie muss durchgängig zum öffentlichen Anliegen werden. In Duisburg zieht der katastrophale Mangel an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einen ebenso katastrophalen Mangel an Ausbildungsplätzen nach sich. Hinzu kommt, dass traditionell die Zahl der qualifizierten Frauenarbeitsplätze besonders niedrig ist.



Zuwanderer und Einheimische - vereint am Arbeitsplatz und im Tarifkampf

Auf zwei BewerberInnen kommt praktisch nur noch ein Ausbildungsplatz. Qualifikation garantiert schon längst kein ausreichendes Erwerbseinkommen mehr. Mangelnde oder fehlende Berufsausbildung bedeutet ein frühes gesellschaftliches Aus für alle jungen Menschen. Migrantenjugendliche sind beim Zugang zu qualifizierten Berufen erheblich benachteiligt.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Frühzeitige Vermittlung von Primärkenntnissen über Ausbildungsberufe und ihre Voraussetzungen an Eltern und SchülerInnen
- Berufsvorbereitende Ausbildungslehrgänge, die den Zugang zu Ausbildung und Beruf erleichtern
- Sensibilisierung der Ausbildungsbetriebe für die Chancen, die sich aus der Nutzung von Potenzialen zugewanderter Jugendlicher ergeben
- Erhöhung der Ausbildungsplätze für Migrantenjugendliche
- Bevorzugte Ansiedlung von Ausbildungsbetrieben
- Besondere Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand, aber auch beim privaten Einkauf
- Anregung von Verbundausbildung für kleine Betriebe von Migrantlnnen
- Quotenregelung für Ausbildungsplätze incl. Quoten für Migrantenbewerber
- Ausbau von Schlüsselkompetenzen (Sozialtraining, Problemlösungsfähigkeit, Selbstwertgefühl, Kommunikationsfähigkeit, Gruppen und Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenz) sowie die Berücksichtigung dieser besonderen Qualifizierung in den Prüfungsordnungen der Berufsverbände und Kammern
- Initiativen zur Entwicklung neuer Berufsbilder (z. B. Umwelttechnik, Touristik)
- Ausbau des Instruments "2. Chance" durch ARGE und Ausbildungsbetriebe für Jugendliche ohne Lehrstelle
- Vermehrte Ausbildung und Übernahme von ausgebildeten Migrantenjugendlichen durch konfessionelle Träger bzw. Betriebe unabhängig von ihrer Religion
- Bundesweite Lehrstellengarantie und Ausbildungsumlage für Betriebe, die nicht ausbilden

2.2 Erwerbsarbeit

MigrantInnen sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Mehrfach haben sie geringere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden oder sich beruflich zu verändern. Auch im Hinblick auf die Verteilung auf die beruflichen Tätigkeiten sind sie auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt. Anlerntätigkeiten auf dem Bau, in Gastronomie und Bergbau, Band-, Akkord- und Schichtarbeit sowie Reinigungsarbeiten und Tätigkeiten im Haushalt sind die hauptsächlichen Beschäftigungsbereiche für MigrantInnen. Bedingt durch die Strukturkrise und den katastrophalen Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Duisburg auf inzwischen unter 150.000 werden gerade Menschen im erwerbsfähigen Alter immer stärker in prekäre Beschäftigung oder prekäre Selbstständigkeit abgedrängt bzw. geraten in den Leistungsbezug

von ALG II. Junge MigrantInnen sind von prekärer Beschäftigung und besonders ausbeuterischer Leiharbeit besonders stark betroffen. Während noch 47 % der deutschen Erwerbsbevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, kommt die migrantische Bevölkerung nur noch auf 30 %. Das ist die Realität, unabhängig vom Konjunkturverlauf. Kommunale Möglichkeiten, Erwerbsarbeit zu fördern, sind vorhanden. Hier kommen zunächst die Stadtverwaltung und stadtnahe Betriebe infrage und das ständige Bemühen um die Ansiedlung von Betrieben. Unverzichtbar ist jedoch der Ausbau eines öffentlichen geförderten Beschäftigungssektors. Von größter Bedeutung sind allerdings auch eine Wiederaufnahme des gewerkschaftlichen Kampfes um Arbeitszeitverkürzung und "globale" politische Weichenstellungen wie gesetzlicher Mindestlohn, verbesserter Kündigungsschutz, Ausbildungsgarantie; Erhöhung der Investitionsquote der öffentlichen Hand; Verbot ausbeuterischer Leiharbeit usw.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Schaffung von mehr und tariflich abgesicherten Dauerarbeitsplätzen durch die örtliche Wirtschaft
- Schluss mit prekärer Leiharbeit; gleiche Arbeits- und Entgeltbedingungen bei gleichwertiger Arbeit
- Verstärkte Einstellung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung und den Beteiligungsgesellschaften der Stadt (ggfs. durch Quotenregelung)
- Weg mit den 1-Euro-Jobs, stattdessen Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) zu Tarifbedingungen
- Gesetzlicher Mindestlohn nicht unter 8 Euro als Einstieg
- Weitere Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich

3. Integrierte Stadtentwicklung

Duisburg ist seit Jahren von stark sinkenden Einwohnerzahlen und einer ungünstigen demografischen Entwicklung betroffen. Unsere Stadt leidet an hoher Dauererwerbslosigkeit und viel zu wenig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Duisburg hat das schlechteste Durchschnittseinkommen in ganz NRW. Der Verschuldungsgrad der Bevölkerung ist überdurchschnittlich hoch. Die durch gesetzliche Rahmenbedingungen, aber auch örtliche Fehlentwicklungen verursachte städtische Haushaltsmisere mit ihren zahlreichen Kürzungsmaßnahmen ist inzwischen ein Dauerzustand. Hinzu kommen negative Faktoren wie: Die Krise im Bildungsbereich, anhaltend hohe Umwelt-

belastung, schlechte Verkehrsverbindungen, Mangel an sozialer Infrastruktur und guten Freizeiteinrichtungen, das bescheidene Angebot an Breitenkultur sowie die wachsende Schere zwischen besser gestellten und armen Stadtteilen. All das erschwert auch eine umfassende Integrationspolitik. Die Migrationsbevölkerung gehört mit zu den Hauptleidtragenden der schweren Missstände und Fehlentwicklungen.

Wir brauchen endlich eine ganzheitliche, ausgeglichene Stadtentwicklung, in die die Integrationspolitik eingebunden ist. Im Selbstlauf, durch Halbheiten oder durch das bloße Wirken der Marktgesetze ist diese nicht zu erreichen. Notwendig ist ein politisch gewolltes Gesamtkonzept. Wir setzen uns dafür ein, dass die Investitionsquote der öffentlichen Hand gestärkt und nicht weiter gesenkt wird. Rückzug aus der sozialen Verantwortung und Privatisierung drohen die Verhältnisse weiter zu verschlechtern.

Die von der aktuellen Stadtpolitik betriebene Wiederbelebung der Innenstadt geht in die richtige Richtung. Die städtebaulichen Veränderungen, wie sie der Masterplan (d. h. Innenstadtplanung mit einem Zeithorizont von ca. 30 Jahren) von Foster vorsieht, bieten die Chance, Fehler der Vergangenheit (v. a. rücksichtslose Förderung des Autoverkehrs, zunehmende Umweltverschmutzung und Unwohnlichkeit, mangelnde soziale Infrastruktur usw.) zu beheben und urbane Lebensqualität wieder zu gewinnen. Aber die Förderung von Städtebau und Handel muss durch einen Masterplan begleitet werden, der die soziale Integration fördert, um eine lebenswerte Stadt für alle zu schaffen. Dazu gehören der Ausbau von öffentlichen und gemeinschaftlichen Infrastruktureinrichtungen, preiswerter und guter Wohnraum, die Vermeidung von Verdrängungseffekten u. v. a. m.

Der Masterplan Innenstadt muss überdies von einem Masterplan Stadtteile/ Unterzentren begleitet werden, der die bedürftigen Stadtteile konsequent fördert. Nur so kann eine ausgewogene Stadtentwicklung erreicht und die traditionelle Innenstadtfixierung durchbrochen werden.

Die begonnene Ausarbeitung des neuen Flächenentwicklungsplans muss ebenfalls soziale und migrationspolitische Kriterien beinhalten. Dabei ist eine sensible Politik für die Einwandererquartiere unverzichtbar. Diese erfüllen einerseits notwendige Funktionen, wo Zugewanderte Nachbarn finden, die die gleiche Sprache sprechen und mit denen sie Alltagsfunktionen und Gewohnheiten teilen können. Diese Erscheinung findet sich in allen Einwanderungsgesellschaften der Welt. Das stärkere Zusammenleben von Ethnien gibt nicht die geringste

Rechtfertigung dafür, diese Stadtteile abzuhängen, zu vernachlässigen und de facto eine soziale Segregation zu fördern. Hier ist der Erneuerungsbedarf am größten und es müssen entsprechend mehr Ressourcen eingesetzt werden.



Klingelschild in Marxloh

Unter den heutigen Bedingungen werden diese armen und abgehängten Migrantenviertel bzw. Migranten-Communities – auch unter dem Einfluss der Medienwelt – zunehmend zur Falle, aus der viele nicht mehr herauskommen. Sie drücken den dort Wohnenden ihren Stempel auf. Langjährige Vernachlässigung von Infrastruktur und Wohnungsbestand tragen entscheidend mit dazu bei. Deshalb muss integrative Stadtentwicklung gerade hier umfassend ansetzen. Zurückzuweisen sind allerdings Forderungen nach ethnisch begründeten "Zuzugssperren", ethnisch begründete Quotierungen für Wohnimmobilien und Wohngebiete. Diese wären diskriminierend und mit dem Verfassungsrecht auf Freizügigkeit unvereinbar.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Aufstellung eines gesamtstädtischen Masterplans und bezirklicher Masterpläne unter demokratischer Beteiligung der Öffentlichkeit
- Erneuerung des Flächenentwicklungsplans unter Einschluss integrationspolitischer Kriterien
- Öffentlich geförderter, qualitativ guter Wohnraum, der auch die besonderen Bedürfnisse der Migrantenbevölkerung berücksichtigt (v. a. generationenübergreifendes Wohnen; das Vorhandensein von mehr Kindern; z. T. das Pendeln zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft; verbesserte Infrastruktur, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen usw.). Der städtischen GEBAG und den großen Wohnungsbaugesellschaften kommt hier eine besondere Verantwortung zu
- Massiver Ausbau der Gemeinschaftseinrichtungen, Bürger- und Jugendzentren, Proben-, Atelier- und Ausstellungsräumen für Initiativen im Kulturbereich, die für Menschen mit Migrationshintergrund ebenso attraktiv sind wie für Finheimische
- Ständige und demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft in allen wichtigen städtischen Belangen, Runde Tische auf Stadtteilebene; bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern; Beteiligungshaushalt auf bezirklicher und gesamtstädtischer Ebene
- Mehrsprachige, kostenlose Informationen über wichtige kommunalpolitische Fragen, auch unter Nutzung des Internets
- Ausbau der Verbraucherberatung mit interkulturellen Fachkräften
- Konfliktvermittlungsstellen mit interkulturellen Handlungskonzepten
- Clearingstelle für Diskriminierungsopfer
- Unabhängige Bildungsberatungsstellen für Zugewanderte

4. Gesundheitsförderung

Das Gesundheitswesen weist auch in Duisburg zahlreiche Defizite auf. Der Zugang zu den vorhandenen Einrichtungen ist für Migrantlnnen oft schlechter als für die Allgemeinbevölkerung. Die Ursachen liegen u. a. in Kommunikations- und Verständigungsproblemen; der Vernachlässigung von kulturellen Faktoren und Gesundheitskonzepten; migrationsspezifischen Erfahrungen wie Ablehnung, Ausgrenzung, Isolation, Diskriminierung und Entwurzlung von Ratsuchenden; fehlenden Informationen über bestehende Angebote und Einrichtungen usw. Diese Defizite belasten die Gesundheit der Migrationsbevölkerung zusätzlich und müssen behoben werden.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Förderung von interkulturellen Handlungskompetenzen bereits bei der Ausbildung von Beschäftigten und Fachkräften im Gesundheits- und Sozialbereich, von Ärzten usw.
- Regelmäßige themenspezifische Informationsveranstaltungen, Ausbau und qualitative Verbesserung der gesundheitlichen Aufklärung für die Migrantenbevölkerung
- Ausbau von migrationsspezifischen Angeboten (Begegnung, Altenpflege usw.)
- Mehr und bessere psychosoziale Einrichtungen (Lerntherapeutik, Kinderpsychiatrie usw.)
- Verpflichtung der Ärztekammer, auf eine flächendeckende Versorgung mit Fachärzten hinzuwirken
- Schaffung von Medizinischen bzw. Ärztezentren
- Förderung von ganzheitlichen medizinischen Ansätzen und zielgruppenspezifischer Versorgung

5. Die ältere Generation unter den MigrantInnen

Alle kommunalen Handlungsfelder sind darauf abzuprüfen, ob sie den Bedürfnissen der älteren Menschen in unserer Stadt gerecht werden. Das verlangt allein schon die demografische Entwicklung, nach der der Anteil der Älteren in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen wird. Von Altersarmut Betroffene werden durch Dauererwerbslosigkeit, Niedrigeinkommen und unsoziale Gesetzgebung des Bundes weiter zunehmen, darunter auch viele MigrantInnen. Viele der älteren Migrantlnnen sind nicht, wie immer angenommen wird, in großen Familienverbänden integriert und versorgt. Die meisten bekommen sehr wenig Rente, obwohl sie schwere körperliche Arbeit geleistet haben. Sie haben in den meisten Fällen erst relativ spät begonnen, in die Rentenkassen einzuzahlen. Im Herkunftsland haben viele kaum oder keine Rentenansprüche erworben. Gesetzliche Rahmenbedingungen können sich im Fall der dauerhaften Rückkehr oder der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft sehr negativ auf ihre Situation auswirken. Die Pflegeversicherung z. B. greift in Italien oder Spanien, aber für ältere Pflegebedürftige aus der Türkei bleibt die Möglichkeit zurück zu kehren in der Regel aus. Dies wird dann besonders dramatisch, wenn es keine Familienangehörigen gibt, die in Deutschland in der Lage sind, etwa ihre Eltern oder Großeltern zu pflegen. Abhängig vom Herkunftsland kommt oft eine besonders nachteilige gesundheitliche und psychosoziale Situation hinzu. Diese Menschen fühlen sich heimatlos und verloren, etliche pendeln zwischen

Deutschland und ihrem Herkunftsland. Beratung finden sie oft nur in Einrichtungen der Migrantenselbstorganisation.

Unsere Forderungen

- Kommunale Unterstützung bei der Erstellung von bewohner- und zielgruppenorientierten Beratungs- und Handlungskonzepten, in Koordination mit Migrantenselbstorganisationen, Seniorenklubs, Cafés, Frauentreffpunkten usw. und den Trägern von Altenarbeit
- Erstellung und Fortschreibung eines kommunalen Seniorenplans unter Berücksichtigung der Migrantensenioren
- Bundesgesetzliche Änderungen, um erworbene Ansprüche, z. B. in der Pflegeversicherung, auf die Herkunftsländer übertragbar zu machen

6. Kultur für alle

In Duisburg leben Menschen aus rd. 140 Nationen. Ein hoher Anteil stammt aus der Türkei – in der ersten bis zur dritten Generation. Stadtweite Tests vor der Einschulung haben festgestellt, dass im Elternhaus der Kinder außer Deutsch noch weitere 37 Sprachen gesprochen werden und zwar von 45 %, was typisch ist für Duisburgs junge Generation (vgl. Endbericht der ersten Integrationskonferenz).

Im kulturellen Leben dieser Stadt wird diese vorhandene Vielfalt allerdings kaum sichtbar, noch entsprechend berücksichtigt. Insbesondere in kommunalen Einrichtungen wie Theater, Konzertwesen und Museen usw. findet ein *umfassender und dauerhafter* Ausdruck der vielen Kulturen nicht statt. So gibt es etwa ein reges türkisches Kulturleben. Es wird jedoch entweder von kulturwirtschaftlich-gewerblichen Akteuren oder großen *Migrantenvereinen* organisiert, ohne dass etwa das *mehrheitsgesellschaftliche* Publikum einen Zugang findet.

Kulturelle Vielfalt auf allen Ebenen ist jedoch Wesenselement einer demokratischen und dynamischen Stadtgesellschaft. Sie schafft Identitäten, fördert das wechselseitige Verständnis und bereichert das gesellschaftliche Leben. Kulturelle Entfaltung und Teilhabe an Kultur darf kein Vorrecht oder maßgeblich an Gruppenzugehörigkeit oder Sozialstatus gebunden, sondern *muss* Möglichkeit für alle *sein*. Entsprechend hat auch die örtliche Kulturpolitik an den Rahmenbedingungen maßgeblich mitzuwirken.

Dabei ist darauf zu achten, dass alle kulturellen Ausdrucksformen und Betätigungen – von der Kultur im Stadtteil bis zu den professionellen Angeboten wie Theater und Oper – in die Angebote einbezogen und gefördert werden.

Gerade in einer Stadt wie Duisburg mit einem hohen Migrantenanteil muss Kulturpolitik so angelegt sein, dass sie der gesellschaftlichen Vielfalt, ihren Bedürfnissen und Entwicklungspotenzialen auf allen Ebenen gerecht wird.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Präsentation zeitgenössischer Kunst, insbesondere aus den zahlenmäßig wichtigsten Herkunftsländern in den kommunalen und sonstigen örtlichen Ausstellungen sowie Integration der Migrantenkultur und Migrationsgeschichte in den örtlichen Museen. Intensiver Kunst- und Kulturaustausch in Zusammenarbeit mit den Partnerstädten der Kommune
- Aufbau interkultureller Zentren, Förderung der Zusammenarbeit unter ausreichender öffentlicher Bezuschussung
- Verpflichtende Aufnahme von Migranten-Kultur in die städtischen Theaterprogamme
- Ausbau der Akzente, der interkulturellen Woche usw., um der Vielfalt der Bevölkerung Rechnung tragen
- Vermittlung der literarischen Vielfalt in Schulen, vielfältigere Lesungen in den *Bibliotheken sowie entsprechende Mittelausstattung*
- Massiver Ausbau der kulturellen Angebote und Betätigungsmöglichkeiten für jugendliche MigrantInnen

7. Freizeit und Sport

Sport und Freizeitaktivitäten bieten – insbesondere für die jüngere Generation – eine weitere wichtige Möglichkeit, den Integrationsprozess nachhaltig zu fördern. So gibt es in Duisburg eine breite Vereinsszene in der Migrantenbevölkerung. Im Spitzen- und Profisport (z. B. im Fußball) sind viele Nichtdeutsche vertreten. Etliche Migrantenvereine haben öffentliche Sportanlagen gepachtet und verwalten diese selbst.

Aber Familien und Jugendliche mit Migrationshintergrund stoßen in unserer Stadt oftmals noch auf Ausgrenzung und bekommen kaum die Möglichkeit, sich in gemeinsamen Sportvereinen zu betätigen. Dadurch und durch das bisher zu wenig integrationsfreundliche Klima hat sich eine starke Tendenz entwickelt,

Sportvereine nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit oder Herkunftsregion zu bilden, vor allem beim Fußball. Beim Abbau von bestehenden Zugangsbarrieren kommt dem Stadtsportbund eine zentrale Rolle zu, die er bis heute nicht ausreichend wahrnimmt.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Verbesserung des Sportangebots in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil
- Förderung des Breitensports auch für Migrantinnen
- Mehr Kursleiter/Trainer/Vorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund in den Vereinen und in den Gremien des Stadtsportbunds
- Überwindung der homogenen Vereinslandschaft durch interkulturelle Öffnung
- Zusätzliche kostenlose Freizeitangebote für einkommensschwache Familien unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- Ausbau der interkulturellen Zusammenarbeit des Stadtsportbunds mit den Migrantenvereinen
- Interkulturelle Sensibilisierung der Vereinsmitgliedschaften
- Überprüfung und transparente Darstellung der Vergabekriterien bei der Übertragung von öffentlichen Sportanlagen an Vereine
- Realisierung und Konsolidierung des vom Rat beschlossenen bürgerschaftlichen Beirats Sport (unter Einbeziehung der Migrantenbevölkerung)

8. Für ein gleichberechtigtes und selbst bestimmtes Leben

Unsere Gesellschaft ist auf patriarchale Strukturen aufgebaut. Trotz langjähriger Frauenemanzipation und trotz des Gleichheitsprinzips der Verfassung haben die Frauen es immer noch schwer, sich mit ihren Fähigkeiten in diesen Strukturen zu behaupten. Insbesondere als Migrantin bedarf es doppelt soviel an Kraft und Anstrengung, ein gleichberechtigtes und selbst bestimmtes Leben zu führen. In aller Regel muss sich die Migrantin zum einen als Individuum, als Frau, gegen konservative, männlich geprägte Werte der eigenen Community und zum anderen gegen Stigmatisierungen und strukturelle Hindernisse, z. B. ausländerrechtliche, der Mehrheitsgesellschaft behaupten. DIE LINKE setzt sich für gesellschaftliche und politische Verhältnisse ein, die Frauen generell und Migrantinnen im Besonderen nicht nur gleichberechtigt, sondern gleichstellt. Wir bekämpfen nachdrücklich jede Form von Frauenfeindlichkeit, sei sie sozialstrukturell, rechtlich oder durch gesellschaftliche Vorurteile bedingt. Gewalt gegen Frauen muss gesellschaftlich geächtet und bekämpft werden.

Unsere Forderungen

- Ausbau des kommunalen Frauenförderplans unter Berücksichtigung migrationsspezifischer Aspekte
- Unterstützung und Vernetzung der Fraueninfrastruktur von Migrantinnen
- Finanzielle und personelle Aufstockung von Frauenberatungsstellen, Frauenhäusern und -zentren
- Ausbau der psychosozialen Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Migrantinnen
- Sofortiges eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland gekommen sind bzw. kommen



Erkan Kocalar, Ratsherr der LINKEN, zu Besuch im Stadtteil

9. Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen ohne Papiere

Die Flüchtlingspolitik von EU und Bundesregierung war und ist skandalös. Insbesondere vor dem Hintergrund der starken weltwirtschaftlichen und außenpolitischen Rolle Deutschlands. Von der Grundgesetzänderung von 1993, mit der das Recht auf politisches Asyl weitgehend zerstört wurde, über das geänderte Staatsbürgerschaftsrecht ("Zuwanderungsgesetz") über die Weigerung, die Kinderschutzkonvention der UN zu ratifizieren, bis hin zur Bleiberechtsregelung von 2007, zieht sich eine politische Linie, die durch Ausgrenzung, verweigerte Hilfe für Menschen in Not, Widersprüche und Nützlichkeitserwägungen gekennzeichnet ist.

Die kommunale Ebene ist durch gesetzliche Vorgaben, Verordnungen und Erlasse in ihrer Flüchtlingspolitik sehr eingeschränkt. Aber da, wo sie Möglichkeiten hat, muss sie sich bis zur Änderung und Abschaffung der menschenunwürdigen Rechtsvorschriften mit aller Kraft widersetzen. In Duisburg ist allzu lange das Gegenteil passiert. Fortschrittliche Kommunalpolitik muss die Stadtgesellschaft sensibilisieren, mobilisieren und konkrete Hilfe organisieren. Im Mittelpunkt steht die medizinische, soziale und kulturelle Betreuung, menschenwürdige Unterbringung, Schutz vor weiterer Diskriminierung und Verfolgung, Sicherstellung des Schulbesuchs, Förderung von Ausbildung usw. Die kommunale Härtefallkommission muss politisch gestärkt und in ihrer Arbeit gefördert werden.

Eine amtliche Zahl für Menschen ohne Ausweispapiere gibt es aus offensichtlichen Gründen nicht. Unbestritten von Politik und Verwaltung leben viele Menschen in Duisburg, die keine Ausweispapiere besitzen. Diese Tatsache wird aber sowohl von der Öffentlichkeit als auch der Politik weitgehend ignoriert. Nach Schätzungen leben bis zu einer Million Menschen ohne Papiere in Deutschland. Darunter befinden sich bis zu 700.000 minderjährige Kinder. Sie sind die besonderen Opfer der Misere. Immer noch weigert sich die Bundesregierung, die UN-Kinderkonvention zu unterzeichnen, die zu minimalen sozialen Hilfeleistungen (medizinische Versorgung, Kindergarten- und Schulplätze usw.) für Kinder ohne Aufenthaltsstatus verpflichtet. Initiativen wie die vom Städtenetzwerk werden nicht nachhaltig unterstützt. Auf Initiative der Ratsfraktion DIE LINKE wurde im Beirat für Zuwanderung und Integration im Dezember 2005 ein Antrag angenommen, der die Schaffung eines örtlichen Netzwerks zur Unterstützung von Kindern ohne Aufenthaltsstatus vorsieht. Dieser Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt.

Rd. 230.000 Flüchtlinge leben in Deutschland als "Geduldete", davon fast 1.900 in Duisburg. Die meisten von ihnen sind schon seit vielen Jahren ärmlichen, weitgehend rechtlosen bis menschenunwürdigen Bedingungen unterworfen. Unter ihnen befinden sich traumatisierte Bürgerkriegsflüchtlinge. Kinder wurden hier geboren und kennen keine andere Gesellschaft. Der Zugang zur Erwerbsarbeit bleibt ihnen – auch nach dem neuen Zuwanderungsgesetz – erschwert. Rund 75 % sind inzwischen untergebracht in schlecht ausgestatteten Übergangsheimen – mit abschließbaren Wohnungen – oder in städtisch beschlagnahmten Schlichtwohnungen. Rd. 400 Asyl suchende Flüchtlinge müssen noch immer in "Sammelunterkünften" vegetieren, – eine bewusst diskriminierende Maßnahme, um nicht "ihren Aufenthalt zu verfestigen". Die medizinische Versorgung ist katastrophal. Behandlungskosten werden nur bei ernsten Erkrankungen übernommen. Die Geduldeten müssen in ständiger Angst vor der

Abschiebung leben. Seit Jahren werden immer wieder Menschen in eine völlig ungewisse Zukunft abgeschoben.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Auflösung sämtlicher Sammelunterkünfte und Unterbringung aller Flüchtlinge in menenschwürdigen Wohnungen
- Aufbau und Unterstützung eines medizinischen Hilfssystems
- Anonyme Behandlungsangebote für Flüchtlinge bzw. Menschen ohne Papiere
- Anonyme Auffangstellen für kriegsflüchtige Kinder (v. a. die unbürokratische und kostenlose Aufnahme von Kindern ohne Aufenthaltsstatus in Kinderbetreuungseinrichtungen)
- Sicherstellung der schulischen Ausbildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus
- Ausbau der Präventions- und Rehabilitationsangebote in der Drogenberatung, HIV-AIDS-Beratung und im Bereich der Zwangsprostitution
- Beitritt der Stadt zum europäischen Netzwerk Städte für Menschenrechte
- Beitritt zum Städtenetzwerk Kinder ohne Aufenthalt

10. Interkulturelle Öffnung

Duisburg hat seit Ende 1999 das NRW-Modellprojekt "Beirat für Zuwanderung und Integration" realisiert. Mit den beiden ersten Duisburger Integrationskonferenzen 2005/06 und dem rund einjährigen Diskussionsprozess dazwischen, ist ein weiterer Schritt erfolgt. Ihre Ergebnisse stellen eine bedeutsame Herausforderung für die örtliche Politik und die Stadtgesellschaft als Ganze dar. DIE LINKE. Offene Liste hat sich aktiv daran beteiligt. Die Ergebnisse und Vorschläge der Konferenz für zahlreiche kommunale Handlungsfelder müssen von den politischen Gremien ernsthaft geprüft, aufgenommen und umgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Integrationskonferenz – auch mit verschiedenen Themenschwerpunkten - zur ständigen Einrichtung wird. Auf Antrag der LINKEN hat der Rat im Frühjahr 2007 mit großer Mehrheit migrationsund integrationspolitische Leitlinien angenommen. Sie müssen konsequent umgesetzt werden. Mit der Ernennung einer Integrationsbeauftragten und eines Stellvertreters sind neue Instrumente geschaffen worden. Damit und mit der Umorganisation des Verwaltungsbereichs Oberbürgermeister - Schaffung der Referate Integration und RAA - sind weitere Schritte gemacht worden für den erforderlichen Umbau der Verwaltung, die Aufnahme des Integrationsaspekts in alle Bereiche des kommunalen Handelns sowie die notwendige generelle Neugewichtung des Integrationsthemas in Kommunalpolitik und Stadtgesellschaft.

Diese Instrumente müssen gestärkt, ausgebaut und vermehrt werden. Notwendig ist eine umfassendes, mit Personal und Ressourcen gut ausgestattetes Amt für Zuwanderung und Integration.

11. Demokratische Beteiligung

Die Mehrzahl der Duisburger MigrantInnen besitzt keine vollen Bürgerrechte. Selbst langjährig hier wohnende, arbeitende und steuerzahlende EinwohnerInnen von außerhalb der EU verfügen – im Unterschied zu vielen anderen EU-Ländern – noch nicht einmal über das Kommunalwahlrecht. Die bevorzugte Behandlung von relativ kurzfristig angekommenen deutschstämmigen Aussiedlern z. B. aus der ehemaligen Sowjetunion im Vergleich zu langjährig hier ansässig Menschen aus der Türkei zeigt auf der einen Seite, was möglich ist, wenn es politisch gewollt ist, ist aber gegenüber den übrigen, vielfach langjährig hier ansässigen MigrantInnen diskriminierend und ungerecht. Das geringe wahlpolitische Gewicht eines großen Teils der Migrantenbevölkerung verstärkt ihre Vernachlässigung durch die Altparteien. Ausgrenzungserfahrungen ziehen einerseits Resignation und Passivität nach sich, begünstigen den Rückzug auf religiöse oder sportliche Vereinigungen oder tragen zu unpolitischem, z. T. destruktivem Aufbegehren bei jugendlichen Migranten bei. Dies begünstigt wiederum rassistische Vorurteile.

DIE LINKE kämpft um Gleichberechtigung und Gleichstellung der Migrationsbevölkerung. Wir wollen, dass dieser Kampf, wo immer möglich, gemeinsam geführt wird: In den Gewerkschaften, in den Verbänden, kommunalpolitischen Gremien, Bürgerinitiativen und Vereinen. Wir bieten allen Interessierten aus der Migrationsbevölkerung die Mitarbeit in unserer Partei und ihre besondere Förderung an.

Wir verteidigen aber auch das Recht der Migrationsbevölkerung, sich selbst zu organisieren, um ihre besonderen politischen, sozialen, kulturellen Interessen wahrzunehmen. In Duisburg sind seit vielen Jahren zahlreiche und sehr unterschiedliche Migrantenvereine aktiv. Sie grundsätzlich zu schützen und zu fördern, ist Aufgabe fortschrittlicher Kommunalpolitik. DIE LINKE verwahrt sich dagegen, dass Migrantenselbstorganisation der verschiedensten Art als Teil einer "Parallelgesellschaft" diskriminiert wird. Die Art der Migrantenselbstorganisation und ihre jeweilige Zielsetzung hängen entscheidend von der Offenheit und Integrationsfähigkeit der Mehrheitsgesellschaft ab. Rd. 70 % der Migrantenbevölkerung sind weder politisch noch religiös organisiert. Für ein

durchgängiges Zusammenwachsen in gemeinsame Organisationen bedarf es noch vieler Veränderungen in der Mehrheitsgesellschaft, aber jeder ernsthafte Schritt dahin ist wichtig.

DIE LINKE hat ein demokratisch-republikanisches, säkulares Staatsverständnis. Staat und religiöse Verbände/Organisationen sind streng zu trennen. Selbstverständlich treten wir für die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ein. Wir wenden uns strikt gegen die Stigmatisierung etwa des Islam. Wir setzen uns dafür ein, dass ethische Unterweisung und Unterricht über die Weltreligionen auch an den öffentlichen Schulen erfolgt, um die Gleichbehandlung der Glaubensrichtungen zu gewährleisten. Wir lehnen allerdings religiöse Internate für junge Menschen ab.

Ein großer Teil der politischen Linken – vor allem aus dem türkischen Staat – hat sich seit Jahren zurückgezogen und/oder beschränkt sich vor allem auf die politische Entwicklung im Herkunftsland. Infolgedessen wird ein erheblicher Teil von gesellschaftskritischem und fortschrittlichem Potenzial weitgehend neutralisiert. Andererseits sind es gerade Migrantlnnen, die in den Duisburger Gewerkschaften und Betriebsräten eine wichtige Rolle spielen und anerkannte VertreterInnen ihrer Belegschaften sind. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rolle der Migrantlnnen in Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen gestärkt wird.

DIE LINKE wird ihre Anstrengungen verstärken, um mit gewerkschaftlich aktiven MigrantInnen und linken politischen Migrantenvereinen in einen fruchtbaren Dialog zu treten, die themenspezifische Zusammenarbeit anregen und politisch gemeinsam arbeiten. Wir fordern die Migrantenbevölkerung insgesamt auf, sich stärker in die bundesrepublikanische Innenpolitik einzumischen.

Fast alle politischen Parteien haben die Bedeutung der Migrationsbevölkerung mehr oder weniger erkannt. Ihre Ziele bleiben aber meistens problematisch und ihr Verhältnis zu den Mitgliedern mit Migrationshintergrund ist symbolisch, gönnerhaft und nicht auf demokratische Gleichstellung aus. Die einseitige Förderung religiöser Verbände in der Migrantenbevölkerung durch Teile der herrschenden Politik verfolgt offenbar den Zweck, gesellschaftlichem Konservatismus Vorschub zu leisten und wahlpolitisch in diesem Milieu an Boden zu gewinnen. Die Zahl von MandatsträgerInnen mit Migrationshintergrund ist in Rat und Bezirksvertretungen nach wie vor viel zu niedrig. Bisher hat allein DIE LINKE die emanzipatorische Migrationsarbeit systematisch in ihre Aktivitäten integriert, fördert nachhaltig die politische Gleichstellung und die Wahl von

MandatsträgerInnen mit Migrationshintergrund in den eigenen Reihen und in den kommunalen Gremien.

Unsere Forderungen und Vorschläge

- Förderung der politischen Partizipation von Migrantlnnen auf allen kommunalpolitischen Ebenen und Handlungsfeldern
- Nachhaltiger Einsatz für das Kommunalwahlrecht für alle Migranten in der Öffentlichkeit und gegenüber Bund und Land
- Weiterer Kompetenzausbau für den Beirat für Zuwanderung und Integration (Gleichstellung mit den übrigen Ratsausschüssen)
- Fortführung und Ausbau der örtlichen Integrationskonferenz
- Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Kooperation mit der Verwaltung und den kommunalen Beteiligungsbetrieben (u. a. über bürgerschaftliche Beiräte)
- Förderung der Migrantenselbstorganisation, insbesondere von Frauen und Jugendlichen
- Besondere Förderung der Migrantenbevölkerung bei neuen Beteiligungsformen wie den bezirklichen Haushaltstagen
- Einführung eines bezirklichen und gesamtstädtischen Beteiligungshaushalts, in dem die Investitionsprioritäten von der Einwohnerschaft diskutiert und durch ein Votum empfohlen werden können, bevor die Entscheidungen in den offiziellen Gremien gefallen sind
- Konsolidierung und Ausweitung des Jugendparlaments auf alle Stadtteile unter Einbeziehung der Migrantenjugend
- Bundespolitisch muss die Einbürgerung für alle erleichtert werden

III. Anhang

Positionspapier der Ratsfraktion PDS-Offene Liste (14.06.05)

Der Beirat für Zuwanderung und Integration hat die Fraktionen im Rat der Stadt Duisburg aufgefordert, zu definieren, was sie unter "Integration" verstehen. Die PDS-Offene Liste hat sich mit dieser Aufgabe in den verschiedenen Gremien auseinandergesetzt und folgendes Positionspapier erarbeitet.

Unser Integrationskonzept

Ausgangsüberlegungen

Ausgangspunkt der PDS-Offenen Liste ist die Tatsache, das die Ausweitung und Vertiefung der globalen Beziehungen zwischen Völkern und Menschengruppen ein Grundmerkmal unserer Epoche sind. Aber die Globalisierung verläuft unter ungleichen, teilweise extrem gegensätzlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und militärischen Interessen, Bedingungen und Kräfteverhältnissen. Auswanderung und Zuwanderung sind wesentliche Bestandteile dieses Prozesses. Auch Deutschland ist, vor allem seit der Industrialisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Auswanderungs- und Einwanderungsland.

Seit den frühen sechziger Jahren wurden in der alten Bundesrepublik Deutschland - bedingt durch die Anwerbung von Arbeitskräften - zum wiederholten Mal Grundlagen für eine dauerhafte Einwanderung geschaffen. Der größte Teil der Arbeitsmigrantlnnen ging zwar in die Herkunftsländer zurück, aber ein Teil blieb und schlug soziale Wurzeln. Familiennachzüge kamen hinzu sowie wachsende Fluchtbewegungen aus vielen Ländern der Welt, insbesondere ab den siebziger Jahren. Deutschland ist seitdem de facto Einwanderungsland, hat aber bis heute keine umfassenden politischen Konsequenzen daraus gezogen. Die Vertiefung der Beziehungen im Rahmen der EU und ihrer Erweiterung ziehen weitere, zeitlich befristete und dauerhafte Wanderungsbewegungen nach sich.

Menschenbild und programmatische Zielsetzung

Unsere politische Arbeit fügt sich programmatisch in die Perspektive des Kampfes für eine weltweite, befreite Gesellschaft ein. In ihr sind soziale Ungleichheit und Klassenspaltung, abgrenzende Nationalstaaten sowie nationalistische, rassistische und frauenfeindliche Ideologien überwunden. In dieser Zukunftsgesellschaft werden alle verantwortbaren produktiven Potenziale zum Nutzen aller Menschen erschlossen. Umfassende Demokratie, soziale Sicherheit und Wohlergehen für alle, kulturelle Entfaltung, der konsequente Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen dem globalen "Norden" und "Süden", der Schutz des Individuums, die Ächtung von Krieg und Gewalt sowie die Überwindung der Nationalstaaten werden ihre Markenzeichen sein.

Die in vielen verfassungs- und völkerrechtlichen Dokumenten niedergelegten politischen und sozialen Menschenrechte und zwischenstaatlichen Prinzipien sind für unsere politische Orientierung eine wichtige, aber längst nicht hinreichende Grundlage. Anspruch und Wirklichkeit klaffen nicht nur bei uns, sondern auch in so gut wie allen Ländern und Gesellschaften der Welt weit auseinander. Je größer die Erfolge auf dem Weg in diese Zukunftsgesellschaft hier und anderswo sind, je mehr Wanderungs- und Fluchtgründe aus wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung entfallen, umso größer die Chance, dass die Verteilung der Menschheit sich global ausgewogener entwickelt als heute.

Unser Integrationsbegriff

Im Rahmen unserer programmatischen Grundsätze und Ziele ist die Integration von Zuwanderern und die humane Aufnahme von Flüchtlingen eine Querschnittsaufgabe, die sich auf zahlreiche politische Handlungsfelder erstreckt. Unser Ansatz schließt Zuwanderung unter "Nützlichkeits"erwägungen aus. Integration verstehen wir nicht als einseitige Anforderung an Menschen mit Migrationshintergrund zur Anpassung bzw. Assimilation an die herrschende "Leitkultur" unter Aufgabe der eigenen Identität, sondern als wechselseitigen Prozess des Zusammenwachsens, für den die Mehrheitsgesellschaft allerdings die Hauptverantwortung trägt. Sie muss – insbesondere für die große Masse der besitzlosen und auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesenen Migrantenbevölkerung – wesentliche rechtliche und soziale Vorbedingungen schaffen und ausweiten: Soziale Sicherheit, tarifliche und gesetzliche Mindeststandards, Zugang zu Erwerbsarbeit, demokratische Teilhabe, Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und kulturelle Entwicklung sowie Schutz vor nationalistischer und rassistischer Diskriminierung und Bedrohung.

In dem Maß, wie diese Vorbedingungen realisiert werden, kann die Mehrheitsgesellschaft Integrationsleistungen der Migrationsbevölkerung erwarten (z. B.

beim Spracherwerb). Die Möglichkeit der Doppelstaatlichkeit muss eingeräumt werden, genauso wie die Gleichberechtigung auf Zeit, wenn der Lebensmittelpunkt - aus welchem Grund auch immer - nur vorübergehend in Deutschland liegt. Bei all dem sind in erster Linie EU-, Bundes- und Landespolitik gefordert, aber auch die kommunale Ebene kann und muss dazu einen bedeutenden Beitrag leisten.

Kommunale Aufgaben

Kommunalpolitik hat alles zu fördern, was einer so verstandenen Integration nützt. Folgende Maßnahmen – die Aufzählung ist keineswegs abschließend – halten wir für dringlich:

- Stärkung der Rechtsstellung des Beirats für Zuwanderung und Integration
- Umfassende Verankerung der Querschnittsaufgabe "Migration" in Politik und Verwaltung, Schaffung eines Migrationsamts
- Mehr Ausbildung und Einsatz von mehrsprachigen Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung
- Verbesserte Einbeziehung und Information der Migrantenbevölkerung
- Ausgewogene Stadtentwicklung, Abbau der Defizite an Infrastruktur usw. in den Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil
- Transparenz bei den Kriterien für die Wohnungsvergabe durch die großen Wohnungsgesellschaften
- Einführung des Beteiligungshaushalts
- Umfassende vorschulische und schulische Förderung der jungen Migrantenbevölkerung
- Abschaffung diskriminierender Zugangsbeschränkungen an Konfessionsschulen
- Systematische Förderung von Begegnung, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Mehrheits- und Migrationsbevölkerung (Sport, Kultur, kommunale Beiräte auf verschiedenen Handlungsfeldern usw.)
- Aufnahme und Vertiefung von Beziehungen mit Herkunftsländern (u. a. durch Städtepartnerschaften)
- Profilierung der Kommunalpolitik als antirassistisch, antifaschistisch und weltoffen

Die folgenden Leitlinien wurden auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE am 12.03.07 vom Rat verabschiedet:

Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Duisburg

In keiner anderen Stadt Deutschlands ist eine gute Zukunft so eng mit migrationsspezifischen Themen verbunden wie in Duisburg. Die umfassende Integration der Migrantenbevölkerung, die Anerkennung und Weiterentwicklung ihrer kulturellen Vielfalt und ihrer produktiven Potenziale sind eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und auch für die kommunale Politik. Erfolge auf dem Weg zu einer demokratischen, sozialen und dynamischen Gesellschaft lassen sich gerade auch am Verhältnis zwischen Migrations- und Mehrheitsbevölkerung ablesen. Die positive Spannung, die verschiedene Kulturen im Zusammenwirken mit sich bringen, muss für die dynamische Entwicklung unserer Stadtgesellschaft genutzt werden. Auf Basis der Ergebnisse der städtischen Integrationskonferenzen 2005/2006 gibt sich die Stadt Duisburg folgende Leitlinien für ihre künftige kommunale Integrationspolitik:

- Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe. Das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung soll auch weiterhin das Selbstverständnis unserer Stadt prägen.
- 2. Integrationspolitik gehen wir als Querschnittsaufgabe an, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von der gesamten Stadtverwaltung sowie den stadtnahen Unternehmen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss
- 3. Unsere Integrationspolitik orientiert sich dabei nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen. Es geht darum, Defizite aufzuarbeiten und neue Perspektiven für alle zu eröffnen. Unsere Integrationspolitik bezieht deshalb alle Migrantinnen und Migranten ein, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben ob mit oder ohne deutschen Paß.
- 4. Unsere Integrationsangebote richten sich dabei nicht nur an Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen, sondern auch an Migrantinnen und Migranten, die bereits längere Zeit bei uns leben.
- 5. Unsere kommunale Integrationspolitik lässt sich vom "4-Säulen-Prinzip" leiten. Es geht um sprachliche, gesellschaftliche und berufliche Integration sowie soziale Beratung und Betreuung. Differenzierte und wirksame Sprachförderung ist dabei ein wesentliches und notwendiges Handlungsfeld.

- 6. Integration kann nach unserem Verständnis keine einseitige Eingliederungsleistung der Migrantinnen und Migranten sein, sondern setzt auf nachhaltige Annäherungsprozesse zwischen allen Beteiligten und interkulturelle Öffnung. Die Stadt Duisburg fördert durch geeignete Maßnahmen gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog.
- 7. Frauenförderung bildet einen besonderen Schwerpunkt in unserer Integrationspolitik.
- 8. Die in Duisburg lebenden Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können. Die Stadt Duisburg sieht sich in all ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Orientierung verpflichtet. Die bestehenden Angebote und Einrichtungen sollen dazu, wo nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt werden. Die Vielschichtigkeit der Migrantenbevölkerung ist dabei zu berücksichtigen.
- 9. Die Stadt Duisburg strebt in ihrer Verwaltung und in den stadtnahen Unternehmen eine verstärkte Ausbildung und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an, übernimmt eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber und erleichtert auch dadurch das interkulturelle Zusammenleben.
- 10. Die Stadt Duisburg ist bestrebt, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aktiv in den Integrationsprozess einzubeziehen. Dabei soll auch das bürgerschaftliche und demokratische Engagement gefördert werden.
- 11. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Duisburg Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Aktivitäten.
- 12. Allen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Duisburg mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und Grundrechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Orientierungen.
- 13. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit ist wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik.
- 14. Die Stadt Duisburg setzt sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und gegenüber Land und Bund für die nachhaltige demokratische und soziale Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten ein.

gez. Erkan Kocalar gez. Hermann Dierkes

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. Offene Liste zur Sitzung des Rates am 17.09.07. Eine ähnlich lautende Entschliessung des Beirats für Zuwanderung und Integration wurde mehrheitlich vom Rat verabschiedet.

Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für ZuwanderInnen außerhalb der EU

Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiges Instrument demokratischer Teilhabe. Es würde zugewanderten Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und aus Nicht-EU-Ländern, die bei uns ihren Lebensmittelpunkt haben, wichtige Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte geben. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für diese EinwohnerInnengruppe, wie es schon seit Längerem in anderen EU-Ländern der Fall ist, wäre außerdem ein wichtiges Integrationssignal der Mehrheitsgesellschaft, um das zur Zeit bestehende Demokratiedefizit für hier lebende BürgerInnen anderer Staatsangehörigkeit und für Nicht-EU-BürgerInnen ein Stück weit zu beheben.

Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf,

sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass den entsprechenden EinwohnerInnen das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene gewährt wird.

Begründung:

In der Bundesrepublik Deutschland leben ca. 6,7 Mio. Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, darunter 4,6 Mio. aus Nicht-EU-Ländern. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dieser Drittstaatenangehörigen betrug Ende 2006 mehr als 16 Jahre und ist im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Die Mehrheit der EU-Länder hat bereits seit längerer Zeit, wenn auch unter unterschiedlichen gesetzlichen Voraussetzungen, Drittstaatenangehörigen das kommunale Wahlrecht eingeräumt.

gez. Erkan Kocalar gez. Hermann Dierkes

Aktuelle Publikationen der Ratsfraktion DIE LINKE



Eine Zusammenfassung und kritische Auswertung des städtischen Sozialberichts von 2007 mit eigenen Vorschlägen und Forderungen.



PPP/ÖPP-Modelle als eine weitere Form der Privatisierung



Zwei Jahre nach einer umfangreichen Studie über Barrieren und Barrierefreiheit in Duisburg haben wir nachgehakt. Die Stichproben waren ernüchternd.



Das aktuelle und detaillierte Programmpapier zu Fragen der Migration und Integration aus kommunalpolitischer Sicht.

Alle Broschüren sind kostenlos zu beziehen

in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Telefon 02 03 / 9 30 86 92, Telefax 02 03 / 9 30 86 94, buero@linksfraktion-duisburg.de

Die Zeitung STANDPUNKT erscheint 4 x im jahr und kann kostenios beim Kreisverband DIE LINKE Duisburg, Mülheimer Str. 58, 47058 Duisburg angefordert werden.



Sozialkämpfe ausweiten

Tarifrancien und Sosia auroriste brevonane Widenstan ditaben sich



DIE LINKE stärken

... politica niversom Matrime, in the Africage of the

CTR Fider Wild Field City Street and Adlinguages were at William Till Bed in the

■ Win Know Stoney Martin Co. (1) 1 100 to Obers and de talle an Obers January Barrior Berton and SRW dat aum uter Reform der Geat Options, the exclusion between the dis-Charles Committees were wiseppl, if there's thereby, and the first being the company and Betemptier; et frien Grenner (500 fai Spharmer Arbeitspille and its Alata. We post or sing setting to small than collecte beautiful and effe Could by a me multiplicated another ballatte; an telephone and description of the could be entered by the could be considered by the could be considere den ber Beurgerechnigheit den "fie Biblingspreifelt, er lieder, eine Test other transfer that four addition of the property of the

White Water City description his 2005 tools of his multiplicative TITLE THE LOSS OF THE LOWESTON Science, the interesting of the Appeals and him esting many father gestärlich fortaliseitzen, dilette will in En un rapidal andre a safet, assess provery six options a seredo de Inventoraçõe, de Diameter regardiberes de describations Patengarum, the to war the day | will annually the Byte too Not 1-thing, have now amount a become

Eigentors + Role Karte - 970 im Abseits

25 mare. Die egene "I" i fe. they are in section to some er cares seates at the press as com-SERVE THAT HIS NOW MODEL. the entire of the beautiful James Ferrier Striebeng und DESCRIPTION OF THE PROPERTY OF GAT MALT WILLIAM THE VAC TOLD 44 % Disconnect medical for or that or more fleet and for Aller a rest all there a conne en dant en desimble de. Rechestres Constantin, ten ATTEMPT ROOMS THE SPE me sale farta desergent

Impressum

Herausgeber

Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg Tel.: 02 03 / 9 30 86 92, Fax: 02 03 / 9 30 86 94 www.linksfraktion-duisburg.de, buero@linksfraktion-duisburg.de

Gestaltung und Satz

Heiko Bugaj Alte Feuerwache Hochfeld Friedenstr. 5, 47053 Duisburg Tel.: 02 03 / 7 31 33 87 www.heikobugaj.de, info@heikobugaj.de

Druck

TIAMATdruck GmbH Luisenstrasse 69, 40215 Düsseldorf Tel.: 02 11 / 3 84 03 90, Fax: 02 11 / 3 84 03 68 www.tiamatdruck.de, mail@tiamatdruck.de

Auflage

1.000

Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE Gravelottestr. 28 47053 Duisburg

Telefon 02 03 / 9 30 86 92 Telefax 02 03 / 9 30 86 94

buero@linksfraktion-duisburg.de www.linksfraktion-duisburg.de